

Sitzungsperiode 2023-2024
Sitzung des Ausschusses III vom 5. Oktober 2023

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 1468 von Frau PIRONT (PFF) an Ministerin KLINKENBERG zur Hausaufgabenpraxis**

In jüngster Zeit hatte ich die Gelegenheit, mit verschiedenen Akteuren des Schulsektors aus der Eifel zum Thema der Hausaufgabenpraxis zu sprechen.

Es ist offenkundig, dass die Herausforderungen, vor denen unsere Schulleiterinnen und Schulleiter sowie ihre Lehrkörper stehen, nicht primär in den Kompetenzen oder den festgelegten Zeitrahmen für Hausaufgaben begründet liegen.

Vielmehr besteht ein akuter Mangel an verfügbarer Unterrichtszeit in den Schulen, und die Lehrkräfte sind oft überfordert, zusätzliche Aufgaben in einen ohnehin schon straffen Lehrplan zu integrieren.

Ein weiteres gravierendes Problem ist der eklatante Personalmangel, der erforderlich ist, um die Hausaufgabenpraxis effektiv umzusetzen. Wir mir zugetragen wurde, haben größere Schulen weniger Schwierigkeiten, dies umzusetzen, auch wenn sie nicht gänzlich von Problemen befreit sind.

Es ist festzustellen, dass zwar Gespräche stattgefunden haben, in denen Schulleiter ihre Bedenken geäußert haben, jedoch wurde im Anschluss die bereits ausgearbeitete Praxis vorgestellt, ohne angemessen auf die geäußerten Anliegen einzugehen. Die Umsetzung der berechtigten Anliegen des Sektors gestaltete sich als äußerst problematisch.

Darüber hinaus wurde bemängelt, dass die relevanten Informationen oft über die Presse verbreitet werden, anstatt dass sie den Betroffenen persönlich mitgeteilt werden. Einige Akteure gaben an, bis heute keine entsprechende Mitteilung seitens des Kabinetts oder des Ministeriums erhalten zu haben. Dies wirft Fragen zur Transparenz und zur effektiven

In Anbetracht dieser drängenden Herausforderungen möchte ich folgende Fragen stellen:

1. Haben Sie bereits Kontakt mit den betroffenen Schulen aufgenommen oder Gespräche geführt, um die genannten Probleme zu erörtern?
2. Welche Maßnahmen plant die Regierung, um die Schulleiterinnen und Schulleiter sowie ihre Lehrkörper bei der Bewältigung dieser drängenden Herausforderungen im Zusammenhang mit der Hausaufgabenpraxis zu unterstützen?
3. Wie gedenken Sie die Kommunikation mit den verschiedenen Akteuren zukünftig zu verbessern?

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

• **Frage Nr. 1469 von Frau PIRONT (PFF) an Ministerin KLINKENBERG zur politisch-demokratischen Bildung**

An der Autonomen Hochschule Ostbelgien gibt es seit einiger Zeit eine Fachberatung für politisch-demokratische Bildung. Die Fachberatung unterstützt das Lehrpersonal der Grund- und Sekundarschulen bei der überfachlichen Vermittlung von politisch-demokratischer Bildung.

Bisher übernahm diese Aufgabe das Institut für Demokratiepädagogik an der AHS.

Wie Sie in Ihrer Antwort auf die mündliche Frage meiner Kollegin Frau Elsen zum selben Thema am 16. März klargestellt haben, wird das Institut für Demokratiepädagogik (IDP) derzeit umstrukturiert. Es ist nämlich geplant, dem IDP eine eigene Rechtspersönlichkeit zu geben und eine VoG zu gründen.

Sie erklärten, dass dieser Prozess bis Ende August abgeschlossen sein sollte.

Erlauben Sie mir, Ihnen folgende Fragen zu stellen Frau Ministerin:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Dinge bezüglich der Gründung der VoG?
2. Können Sie uns auch mitteilen, wie der aktuelle Stand der Dinge in Bezug auf die politische und demokratische Bildung in den Rahmenlehrplänen der nicht-primären Schulen wie TZU, ZAWM und AHS ist?

• **Frage Nr. 1470 von Frau PAUELS (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Medienbildung als Teil der politischen Bildung**

Im Rahmen der Ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause, wurde am 18. September der neuste Fortschrittsbericht¹ zur Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzepts „Ostbelgien Leben 2025“ veröffentlicht.

Unter dem Punkt „Bildungsangebote verbessern – Medienkompetenz im Wandel“ heißt es auf Seite 51 des besagten Dokuments „*Medienbildung als Teil der politischen Bildung verstehen*“.

Diese Zusammenlegung zweier bedeutender, jedoch unterschiedlicher Themen wirft Fragen auf, die ich gerne an Sie, Frau Bildungsministerin, richten möchte:

1. Soll die Vermittlung der Medienkompetenz immer in Verbindung mit politischer Bildung und fächerübergreifend in den Schulen behandelt werden, also beides nicht als eigenständige und autonome Themen?
2. Wie plant die Regierung Medienbildung innerhalb der schulischen Rahmenpläne zu integrieren?
3. Wie steht die gesamte Regierung zu einem eigenständigen Schulfach „Politische Bildung“?

• **Frage Nr. 1471 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zum Aufnahmestopp an einigen Kindergärten in der Gemeinde Eupen**

Am Montag berichtete das Grenzecho über einen Aufnahmestopp in drei Kindergärten auf dem Gebiet der Stadt Eupen. So seien neue Einschreibungen in den Kindergärten der städtischen Schulen in der Oberstadt und in Kettenis sowie im Kindergarten des Königlichen Athenäums bis auf weiteres nicht möglich.

Der Grund für diese Maßnahme sei nicht etwa ein Mangel an Personal, wie die drei Direktorinnen dem Grenzecho berichteten, sondern unter anderem fehlende räumliche Kapazitäten. So sei man beispielsweise in der SGO mit 170 Kindern in insgesamt

¹ Dokument Nr. 25/16.

8 Klassenräumen ganz einfach am Limit angelangt. In Kettenis habe sich diese Entwicklung bereits im vergangenen Jahr angebahnt, und auch hier sei man mit zwei Klassen von 22 bzw. 23 Kindern ausgelastet. Im KAE stoße man mit aktuell 176 Kindern an seine Grenzen. Ein anderer Grund ist das Prinzip der freien Schulwahl, wonach die Eltern gleichwelche Schule für ihr Kind auswählen dürfen. Und auch wenn die Geburtenrate in Eupen relativ stabil bleibt, stoßen einzelne Schulen platztechnisch an ihre Grenzen. So könnte man den Eindruck gewinnen, die 3 Schulen werden Opfer ihres eigenen Erfolgs.

Während man in den beiden Schulen in städtischer Trägerschaft davon ausgeht, dass die Lage sich über das Jahr noch entspannen könnte, wurde die Maßnahme im KAE für das gesamte Schuljahr beschlossen.

Trotz der Schwierigkeiten zu Beginn des aktuellen Schuljahres, sind die drei Schulleiterinnen zuversichtlich, im kommenden Jahr die 2,5-Jährigen empfangen zu können.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Wie bewertet die Regierung die aktuelle Situation in den besagten Kindergärten?
2. Gibt es in anderen Gemeinden ähnliche Entwicklungen?
3. Was bedeutet der aktuelle Engpass für die Ankunft der 2,5-Jährigen im kommenden Jahr?

• **Frage Nr. 1472 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zum Aufnahmestopp dreier Schulen in der DG**

Letzten Montag konnte dem GrenzEcho vernommen werden, dass drei Schulen in der DG beschlossen, die Aufnahme von Kindergartenkindern einzustellen. Im Zeitungsartikel werden bereits einige Fragen aufgeworfen.

Im Landesinnern ist das Problem des Platzmangels in gewissen Schulen bekannt und das Thema der Einschreibungen und der Annahme von Schülern bringt gefühlt jedes Jahr eine politische Debatte mit sich.

In der DG konnte davon bisher zum Glück nicht so sehr die Rede sein. In der Regel können die Eltern die Schule für ihr Kind frei aussuchen und die Schulen verfügen über ausreichend Kapazitäten. Ist dem nicht der Fall, ergreifen normalerweise die jeweiligen Träger die notwendigen Maßnahmen, um die Kapazitäten zu erhöhen.

Nun steht den Kindergärten noch eine zusätzliche Herausforderung bevor: die Aufnahme der 2,5-Jährigen. Jedoch ist dies keinesfalls eine Neuigkeit und die dafür notwendigen Maßnahmen wurden vor einiger Zeit eingeleitet.

Meine Fragen daher an Sie, werte Frau Ministerin:

1. Inwiefern hilft die DG den Schulen, die Aufnahmekapazität so auszubauen, dass Einschreibestops eigentlich nicht notwendig sind?
2. Erhielten Sie Rückmeldungen, die ein Aufnahmestopp von anderen Schulen befürchten lassen?
3. Wie läuft insbesondere die Vorbereitung für die Aufnahme der 2,5-Jährigen?

• **Frage Nr. 1473 von Frau PAUELS (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zum Aufnahmestopp an drei Eupener Kindergärten**

Am 2. Oktober konnte dem GrenzEcho entnommen werden, dass in der Stadt Eupen drei Kindergärten zu Beginn des Schuljahres 2023/24 einen Aufnahmestopp verhängen. In allen drei Fällen liegt der Grund für den Aufnahmestopp in einem Mangel an Platz. An zwei der Standorte sind bereits konkrete Umstrukturierungen zur Raumgewinnung geplant.

In Anbetracht des Prinzips der freien Schulwahl und des bevorstehenden Kindergarteneintritts für Zweieinhalbjährige möchte ich die folgenden Fragen stellen:

1. Droht ein ähnlicher Raummangel auch an anderen Kindergartenstandorten der Deutschsprachigen Gemeinschaft?
2. Antizipiert die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgrund des Kindergarteneintritts ab zweieinhalb Jahren ähnliche Raumprobleme an anderen Kindergartenstandorten der DG?
3. Inwiefern ist ein Aufnahmestopp juristisch legitim angesichts des in Belgien bestehenden Prinzips der freien Schulwahl?

• **Frage Nr. 1474 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu der Handhabung und den Absprachen bei Anstellung an mehreren Schulen**

Zahlreiche Lehrpersonen in der DG arbeiten für mehr als eine Schule. Das ist gut, denn in der Regel profitieren beide Beteiligte: Die Lehrperson kann ihr Stundenkapital aufstocken und die Schule vervollständigt ihr Team.

Dennoch ergeben sich dadurch auch Schwierigkeiten: Sind Lehrpersonen, die an zwei oder mehr Schulen arbeiten, verpflichtet, an allen Schulfesten, Personalversammlungen und Konferenzen teilzunehmen? Das würde den Arbeitsaufwand für diese Personen deutlich erhöhen und kann im Falle von Konferenztagen durchaus auch zu Kollisionen mit anderen Schulstandorten führen.

Außerdem führt es im Zweifel zu Hast und Fahrerei: Wenn eine Lehrperson am selben Tag an mehreren Schulstandorten zum Einsatz kommt, "gehen die Pausen drauf". Wenn ein Standortwechsel z. B. sogar im Laufe des Nachmittags passiert, ist auch ein unpünktliches Erscheinen zur folgenden Unterrichtsstunde nicht ungewöhnlich.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen, Frau Ministerin:

1. Gibt es Leitlinien, die die Schulen in der DG befolgen müssen, bzw. sollten, wenn Lehrpersonen an mehr als einer Schule eingestellt sind?
2. Wie berücksichtigen die Stundenplaner der Schulen diese besonderen Situationen?
3. Hat eine Lehrperson Konsequenzen zu befürchten, wenn sie aufgrund eines Schulwechsels im Laufe des Schultages zu spät zu einer Unterrichtsstunde erscheint?

• **Frage Nr. 1475 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zum Vertretungspool für Lehrpersonen**

Seit September sind die Schulen in der DG mit dem sogenannten Vertretungspool als Pilotprojekt gestartet. Ähnlich wie im Falle der Kindergartenhelfer sollten den Trägern Vollzeitäquivalente zur Verfügung gestellt werden, die in Eigenverantwortung organisiert werden könnten. Die Anstellung solle mittels BVA- oder Sonderauftragsverträgen geschehen. Ziel ist es, Unterrichtsausfälle zu vermeiden, das Ersatzmanagement zu flexibilisieren, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. So soll es auch für das Lehrpersonal möglich sein einfacher an Weiterbildungen teilzunehmen.

Daher meine Fragen an Sie, Frau Ministerin:

1. Welches Stundenkontingent wurden den jeweiligen Trägern zur Verfügung gestellt?
2. Wie wurde dieses Stundenkontingent auf die Schulen aufgeteilt?
3. Haben Sie erste Rückmeldungen seitens der Schulen erhalten?

- **Frage Nr. 1476 von Frau GÖBBELS (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zum Vertretungspool im Grundschulwesen**

Im September 2022 kündigte die Regierung in ihrer Regierungserklärung an, im Bildungswesen ab dem Schuljahr 2023-2024 einen Vertretungspool einrichten zu wollen. Somit ist dieser mit Beginn dieses Studienjahres ins Leben gerufen worden.

Ziel dieser Maßnahme ist es, erkrankte Lehrpersonen schneller ersetzen zu können und Unterrichtsausfall zu vermeiden – so steht es in der Regierungserklärung.

In Form eines Pilotprojektes über zwei Jahre wird dieser Vertreterpool zunächst für das Grundschulwesen eingesetzt. Trägerübergreifend können die Schulen jetzt in Krankheitsfällen auf diesen Pool zurückgreifen. Das sollte auch den Aufwand für die Schulen einen geeigneten Ersatz zu organisieren vereinfachen.

Bei längeren Ausfällen kann nach wie vor zusätzliches Personal durch die Schule angeworben werden, sodass der Vertretungspool weiterhin für kürzere Ausfälle zur Verfügung steht.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Wie hat sich die Organisation des Vertretungspools gestaltet?
2. Gibt es Rückmeldungen aus den Schulen?
3. Können Sie bereits jetzt erste Rückschlüsse aus dem angelaufenen Schuljahr mit Vertreterpool ziehen?

- **Frage Nr. 1477 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu der sozialen Staffelung der Elternbeiträge in der Kleinkind- und Kinderbetreuung**

Aus Andeutungen während der Regierungserklärung sowie einiger Äußerungen Ihrerseits ergibt sich langsam aber sicher ein Bild der überarbeiteten finanziellen Beiträge seitens der Eltern in der Kleinkind- und Kinderbetreuung.

Das belgische Medianeinkommen soll eine wesentliche Rolle spielen:

Wer weniger verdient, würde demnach kostenlos auf die Betreuung des ZKB zugreifen.

Wer mehr verdient, müsste für die Betreuung bezahlen. Die Kosten sollen demnach ans Einkommen der Familie gebunden sein, sodass Familien mit hohem Einkommen mehr für die Betreuung bezahlen.

Ministerpräsident Paasch erklärte außerdem, die Obergrenze dieser Kosten solle sich an den Betreuungskosten selbstständiger Tageseltern orientieren.

Da das Bild dennoch nicht vollständig ist, würden wir uns über eine genauere Erklärung der zum jetzigen Zeitpunkt angedachten Betreuungskosten beim ZKB, aber auch über eventuelle Anpassungen der Kosten bei den selbstständigen Eltern freuen.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

1. Wie sollen die Betreuungskosten im zukünftigen ZKB aussehen?
2. Sind bei den Betreuungskosten selbstständiger Eltern Anpassungen vorgesehen?
3. Wie werden sich die Beitragsätze im Verhältnis zu den aktuell geltenden verändern?

- **Frage Nr. 1478 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu den Vollzeitverträgen in der Kinderbetreuung**

In der Regierungserklärung sprach Ministerpräsident Oliver Paasch vor gut zwei Wochen davon, dass Kinderbetreuerinnen und -betreuer mit der Gründung des ZKB Vollzeitverträge in Aussicht gestellt werden.

Dazu habe ich folgende Fragen:

1. Wie ist diese Aussage zu verstehen?
2. Wie soll der Arbeitstag dieser Personen aussehen?
3. Was machen diese Personen außerhalb der Betreuungszeiten?

• **Frage Nr. 1479 von Frau GÖBBELS (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zu den Angeboten für Schüler zur Vertiefung ihrer Französischkenntnisse für den universitären Gebrauch**

Für Schülerinnen und Schüler des 5. Sekundarschuljahres aus Ostbelgien hat es im Monat August ein Sprachlager an der Uni in Lüttich gegeben. Ziel dieses Angebots, welches die Deutschsprachige Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit den Unis erarbeitet hat, war es - neben der Vermittlung von sprachlichen Kompetenzen für das universitäre Umfeld - jungen Menschen auch die Angst vor einem Studium in französischer Sprache zu nehmen.

Dazu trägt sicherlich auch der Ansatz bei, dass die Teilnehmer im Rahmen dieses Angebots auch etwas „Uni-Luft“ schnuppern konnten, und das potenzielle zukünftige Studiumfeld kennenlernen konnten.

Die gesamten Kosten für dieses Angebot hat die DG übernommen, sodass für die Teilnehmer keine Kosten für Anfahrt oder Verpflegung entstanden sind.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Welche weiteren außerschulischen Angebote zur Vertiefung oder Festigung der Französischkenntnisse stehen jungen Menschen in der DG zur Verfügung?
2. Wie beurteilen Sie, unter Berücksichtigung des anvisierten Publikums, den Erfolg dieser Maßnahme?

• **Frage Nr. 1480 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zu Plätzen im Time Out**

Bei Time-Out geht es darum, Schülern eine Auszeit zu ermöglichen. Mit dieser soll ein „Teufelskreis von Misserfolg, Frust und Perspektivlosigkeit“ unterbrochen werden. Dies, um insbesondere eine Entkopplung der Jugendlichen von der Schule zu verhindern. Die Arbeit, die dort seit Jahren geleistet wird, ist besonders wertvoll. Die Time Out Einrichtung wirkt häufig dort, wo andere Einrichtungen oder Maßnahmen nicht mehr greifen. Der Bedarf scheint in den letzten Jahren gestiegen zu sein.

Auch und sogar besonders im Laufe des Schuljahrs soll das Time-Out Schülern zugutekommen. Jedoch sind die verfügbaren Plätze dieser Einrichtung oft schon zu Beginn des Schuljahres belegt.

Meine Fragen daher an Sie werte Frau Ministerin:

1. Können Sie die Auslastung des Time-Out so zeitig im Schuljahr bestätigen? Erhielten Sie ähnliche Rückmeldungen?
2. Welche Maßnahmen könnten Sie ergreifen, um dem entgegenzuwirken?

• **Frage Nr. 1481 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zu Schülerpraktika und Betriebsbesichtigungen**

Letztes Jahr beschlossen wir, die Rolle der Schulen bei der Arbeitsvermittlung zu reformieren, weil sich junge Menschen nicht ausreichend auf den Arbeitsmarkt vorbereitet und nicht ausreichend orientiert fühlten.

Auch Arbeitgeber erklärten, nicht ausreichend geeignete Profile zu finden.

In Zukunft sollen nach unserer Anpassung die Schüler mehr noch durch Hospitationen, Praktika und Betriebsbesichtigungen mit der Arbeitswelt in Kontakt kommen. Jedoch konnten wir Rückmeldungen vernehmen, dass befürchtet wird, nicht ausreichend Partnerbetriebe für Praktika und Betriebsbesichtigungen zu finden.

Hilfreich und sehr gut ist diesbezüglich bestimmt die derzeitige Werbekampagne. Wenn auch Unternehmen Interesse daran haben, mit zukünftigen Arbeitnehmern in Kontakt zu treten und ihre Tätigkeiten vorzustellen, sollte der Zuspruch bei Unternehmen groß sein. In Anbetracht der hohen Nachfrage ist die Sorge dennoch verständlich.

Insbesondere sollte auch nicht vergessen werden, dass es schon Erfahrungen beiderseits gibt. Konkret treten bereits Betriebe wie Capaul aus eigener Initiative in Kontakt mit Schülern und besonders die beruflich-technischen Schulen, der Teilzeitunterricht sowie Schüler aus der FG organisieren bereits seit Jahren Betriebsbesichtigungen und Praktika.

Meine Fragen daher an Sie, werte Frau Ministerin:

1. Inwiefern haben Sie bereits Rückmeldungen von Schulen, die aufgrund des Dekrets angefangen haben, Hospitationen, Betriebsbesichtigungen sowie Praktika zu organisieren?
2. Erhielten Sie ggf. auch schon Informationen zu den Rückmeldungen der Betriebe?
3. Können die Schüler, die auch ohne das Dekret ein Praktikum oder eine Betriebsbesichtigung absolviert hätten, sicher sein, dass dies weiterhin der Fall sein wird?

• **Frage Nr. 1482 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zur Neugewichtung der Fächer**

Im Rahmen der Kontrollsitzung vom 14. September 2023 haben Sie folgenschwere Äußerungen zur Neugewichtung der Fächer gemacht.²

Sie haben in Erwägung gezogen, ganze Blöcke aus den Rahmenplänen zu streichen, insbesondere in den ersten vier Schuljahren der Primarschule. Dies soll eine Fokussierung auf Lesen, Schreiben, Rechnen und die erste Fremdsprache ermöglichen, wobei die Rahmenpläne dann entsprechend angepasst würden.

Die Vivant-Fraktion unterstützt grundsätzlich eine Förderung dieser Grundkompetenzen, da diese sich in der Vergangenheit verschlechtert haben. Eine Tatsache, die wir wiederholt kritisiert haben. Wir stellen jedoch in Frage, ob das Reduzieren anderer grundlegender Kompetenzen der richtige Ansatz ist.

In diesem Zusammenhang erwähnten Sie eine pädagogische Studie der OECD, deren Resultat noch ausstehe.

Daher stellen wir folgende Fragen:

1. Welche Fächer und Inhalte erwägen Sie konkret, zu reduzieren, um die Kompetenzen in Lesen, Schreiben, Rechnen und der ersten Fremdsprache zu stärken?
2. Wie weit fortgeschritten sind Ihre Pläne, bzw. wie könnte der grobe Zeitplan bis zu einer Realisierung aussehen?
3. Wann wird das Ergebnis der pädagogischen Studie der OECD zu diesem Thema erwartet?

² PDG TV - Kontrollsitzung vom 14.9.2023 - <https://www.youtube.com/watch?v=vVIaw5wqW0>

• **Frage Nr. 1483 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zu den Ergebnissen der HBSC-Studie 2022**

Am 13. September 2023 erschien auf der Webseite von Kaleido Ostbelgien ein Artikel mit dem Titel „*Wie geht es den Jugendlichen?*“³, in dem die Ergebnisse der HBSC-Erhebung 2022 vorgestellt werden.

Alle vier Jahre erhebt die HBSC-Studie Daten zur Gesundheit von SchülerInnen – 2022 beteiligten sich 51 Staaten aus Europa und Nordamerika an der Erhebung.

Während die Mehrheit der befragten belgischen Jugendlichen sich selbst als gesund und zufrieden einschätzen, enthalten die Befunde auch besorgniserregende Erkenntnisse: So gaben in der Region Brüssel und der Wallonie (Ostbelgien inklusive) 22,8 % der befragten SchülerInnen an, sich „*meistens oder immer einsam zu fühlen*“. Mehr als die Hälfte gibt an, sich durch Schularbeit gestresst zu fühlen (51,1 %). Ebenfalls über die Hälfte (55,4 %) klagten über psychosomatische Beschwerden, wie Nervosität, Kopf- und Rückenschmerzen.

Dazu meine Fragen:

1. Kaleidos Webseite kann entnommen werden, dass „*zu einem späteren Zeitpunkt*“ „*detaillierte Zahlen für Ostbelgien*“ veröffentlicht werden. Wann ist mit diesen, von der restlichen Wallonie losgelösten, Daten zu rechnen?
2. Wie bewertet die Regierung die hohen Stresslevels unter PrimarschülerInnen (32,8 %) und SekundarschülerInnen (58,6 %)?
3. Worin liegen nach Einschätzung der Regierung die Ursachen für die hohen Stresslevel unter SchülerInnen?

• **Frage Nr. 1484 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Gewalt und zum Fehlverhalten an ostbelgischen Kinderkrippen**

Mitte September veröffentlichte das Familienministerium Nordrhein-Westfalen erschreckende Zahlen: Die Anzahl der gemeldeten Gewalttaten an Kindertagesstätten ist im ersten Halbjahr 2023 deutlich angestiegen.⁴

Sowohl die Anzahl von Gewalttaten zwischen Kindern ist angestiegen: Gab es im gesamten Jahr 2022 267 Fälle, so wurden im ersten Halbjahr 2023 bereits 281 Fälle gemeldet.

Auch das Fehlverhalten durch Betreuungspersonal stieg an: Aktuell wurden für das erste Halbjahr 2023 277 Verstöße gemeldet, während es im gesamten Jahr 2022 mit 353 nur unwesentlich mehr waren.

Als Gründe für den rasanten Anstieg werden neben einer erhöhten Sensibilisierung und einem gestiegenen Meldebewusstsein auch der Personalmängel und die daraus resultierende Überforderung der verbliebenden BetreuerInnen identifiziert. Es handelt sich um ein multikausales Problem, welches laut Pressebericht durch Personalmangel, mangelnde pädagogische Schulungen und individuelle Überlastung des Betreuungspersonal verschärft wird.

Dazu meine Fragen:

1. Verfügt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über ähnliche Statistiken zur Lage in der ostbelgischen Kleinkindbetreuung?
2. Wie haben sich diese Zahlen über die letzten fünf Jahre entwickelt?

³ Kaleido Ostbelgien: *Wie geht es den Jugendlichen?* (13. September 2023). https://www.kaleido-ostbelgien.be/aktuelles/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=25&cHash=520dec4ca56568da351a7cbe68f41014

⁴ Tenta, Sabine (2023, 18. September). Mehr Gewalttaten in NRW-Kitas gemeldet. tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/inland/regional/nordrheinwestfalen/wdr-mehr-gewalttaten-in-nrw-kitas-gemeldet-100.html>

3. Inwiefern geht mit der Umstrukturierung des Sektors in eine Einrichtung öffentlichen Interesses ab dem 1. Januar 2024 auch eine Umstrukturierung der statistischen Erfassung von Gewalt und pädagogischem Fehlverhalten einher?

• **Frage Nr. 1485 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Zukunft des Religionsunterrichts**

In den vergangenen Jahren ist sowohl auf innerbelgischer und föderaler als auch auf internationaler Ebene vielfach über die Zukunft des Religionsunterrichts diskutiert worden. Da die Thematik offensichtlich für Gesprächsstoff sorgt und auch Auswirkungen auf die schulischen Rahmenpläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben kann, möchte ich die folgenden Fragen stellen.

Dazu meine Fragen:

1. Wie sieht die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Zukunft des Religionsunterrichts?
2. Plant die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft aktuell alternative Konzepte des Religionsunterrichts?
3. Inwiefern ist die Frage nach dem Religionsunterricht Gegenstand der bildungspolitischen Zukunftsvision Ostbelgiens?

• **Frage Nr. 1486 von Frau PAUELS (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zu den Kosten des Anschlussberichts von Chris Piller und Markus Born zum OECD-Bericht zur Qualität und Chancengleichheit des Bildungssystems in der DG**

Im Juni 2022 veröffentlichten die beiden Pädagogikexperten, Chris Piller und Markus Born, ihren Anschlussbericht zum OECD-Bericht zur Qualität und Chancengerechtigkeit des Bildungssystems in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die beiden Experten der Schweizer Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik wurden, so ist es der Einleitung des Anschlussberichts zu entnehmen, im Februar 2022 durch Sie, Frau Ministerin, damit beauftragt, die Berichte der OECD kritisch zu lesen und daraus Handlungsempfehlungen für das Bildungssystem der Deutschsprachigen Gemeinschaft abzuleiten.

Dazu meine Fragen:

- Mit welchen Kosten war die Erstellung des Anschlussberichtes verbunden?